

Im Anschluss an den 1. Tag der Ländervertreterversammlung des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes fand am 21. 10. 2011 um 17.00 Uhr in Marburg die Mitgliederversammlung des Sozialwerkes statt.

Neben dem Vorstand des Sozialwerkes, dem Bundesvorstand des DGVB, den Landesverbandsvorsitzenden bzw. ihren Vertretern sowie dem Schriftleiter der DGVZ, waren rund 60 weitere Mitglieder der Einladung gefolgt.

Nach Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Vorsitzenden Winfried Pesch erinnerte er daran, dass an gleicher Stelle am 14. November 2003 die offizielle Gründungsversammlung des Sozialwerkes stattgefunden hat.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wurden sodann die vereinsrechtlichen und satzungskonformen Formalien einer Mitgliederversammlung „abgearbeitet“, die zuvor dokumentiert durch Tischvorlagen oder bereits mit der Einladung übergeben bzw. ergänzt worden waren, wie

- das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung 2010;
- die Darstellung der Kassenbestände 2010 und 2011;
- eine Auflistung der Beitragsleistungen der Landesverbände des DGVB.

Zu Beginn der Versammlung waren bereits einstimmig die stellv. Vorsitzende des Sozialwerks, Verena Schröder, zur Protokollführerin und der stellv. Bundesvorsitzende des DGVB, Karl-Heinz Brunner, zum Versammlungsleiter gewählt worden.

Vorsitzender Winfried Pesch erstatte dann seinen Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Dabei erwähnte er insbesondere, dass beim Mitgliederbestand eine weiterhin erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen sei. Nach dem besonders starken Mitgliederzuwachs 2009/2010 sind im Berichtszeitraum 9 weitere Einzelmitglieder hinzugekommen.

Er berichtete ferner, dass hinsichtlich des Spendenaufkommens gegenüber dem Vorjahr ein Aufwärtstrend nicht zu verzeichnen ist, was zunächst jedoch relativ zu betrachten ist. Eine Bewegung der Spendenmarge nach oben ist realistisch betrachtet, grundsätzlich nicht linear zu erwarten. Im Berichtszeitraum seien Geldbußen leider nicht eingegangen, was analytisch sicherlich unterschiedliche Ursachen haben könnte. Er bemerkte, dass die Zuwendungslisten bei den Bußgeldbehörden jedes Jahr länger werden, wobei das Sozialwerk eben auch nur ein Verein unter Hunderten oder sogar Tausenden in einem Bundesland oder größeren OLG-Bezirk ist, der auf Berücksichtigung bei der Verteilung von Bußgeldern hofft.

An dieser Stelle hob er nochmals deutlich hervor und bat die Anwesenden, wenn sie ggfs. in „Justizkreisen“ für Zuwendungen werben sollten, so zu argumentieren, dass das Hilfswerk kein „justizeigenes“ Sozialwerk ist, sondern gemäß seiner Satzung und seiner steuerrechtlich anerkannten Gemeinnützigkeit durch die Finanzbehörden, eine allgemeine Hilfsorganisation ist.

Damit sei keinesfalls auch nur der leiseste Anfangsverdacht begründet, dass von den Zuwendungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte, ausschließlich nur Justizbedienstete oder deren Angehörige begünstigt werden könnten, völlig ungerechtfertigt ist.

Bei den sonstigen Einnahmen - Zuwendungen der Landesverbände - mache sich im übrigen der allgemeine Mitgliederrückgang bei dem DGVB durchaus bemerkbar.

Erfreulich ist, dass vereinzelt Kolleginnen oder Kollegen ihre Honorare für Vorträge oder ähnliches spenden, oder z.B. ihre Entschädigung für die Einsendung von Entscheidungen an die DGVZ unmittelbar dem Sozialwerk zukommen lassen.

Er betonte ferner, dass gemeinnützige Vereine grundsätzlich einer regelmäßigen strengen Überprüfung durch das Finanzamt, in diesem Fall das Finanzamt Siegburg, welches übrigens für ganz Deutschland eine zentrale Rolle dabei übernimmt, unterliegen. Es ist bekannt, dass dabei die Steuerregeln eng ausgelegt werden, was natürlich mit den durch die Medien bekannten Vorfällen einiger anderer „gemeinnütziger Vereine“ in Deutschland zusammenhängt. Unter diesen „schwarzen Schafen“ haben nun alle seriösen Hilfseinrichtungen zu leiden.

Winfried Pesch wies weiter darauf hin, wenn das Sozialwerk von der Gemeinnützigkeit abrücke, von allen Einnahmen Körperschaftssteuer zu entrichten sei, und unabhängig davon, keine Spendenbescheinigungen mehr ausgestellt werden dürfen.

Die beauftragte Steuerberaterin hilft bei der Steuererklärung weiterhin kostenfrei, da dies insbesondere allein bei den Formerfordernissen und der minutiösen Darstellung des Vermögens des Vereins, insbesondere bei den Rückstellungen, entsprechendes Spezialwissen erfordert. Grundsätzlich sind nach den Steuervorschriften alle Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge, Spenden oder Bußgelder) einer gemeinnützigen Einrichtung „zeitnah“ zu verwenden und damit Rückstellungen nur in einem geringen Rahmen möglich.

Auf Grund der korrekten Steuererklärungen konnte die Verlängerung der sog. „Freistellung“ durch das Finanzamt damit weiterhin bis 31.12.2014 erreicht werden.

Der Vorsitzende berichtete weiter, dass im Berichtszeitraum das Sozialwerk in drei besonderen Fällen Hilfe geleistet hat, davon in zwei Fällen im „Justizbereich“ und in einem „Fremdfall“.

„In allen 3 Fällen haben wir eine positive Resonanz über den Erfolg unserer Hilfe erhalten.

Regional waren diese Hilfefälle auf die Länder Berlin und NRW verteilt. Aus anderen Bundesländern sind keine „Hilfe-Anfragen“ eingegangen.

Zur Vorgehensweise bei Hilfefällen erklärte er weiter:

„Wir prüfen in allen Fällen, wo Hilfe angebracht ist, ob eine Notlage und eine Bedürftigkeit im Sinne der Satzung vorliegt, führen Gespräche, fragen nach, recherchieren. Mit Sensibilität und Fingerspitzengefühl sind Hintergründe zu ermitteln, die eine satzungsgemäße Verwendung des Vermögens begründen.

Bei dieser Gelegenheit dankte er nochmals im Namen des Vorstandes allen, die das Sozialwerk in vielfältiger Weise uneigennützig unterstützen.

Für die Kassenprüfer trug Ines Hillebrecht den Kassenprüfbericht vor. Sie merkte an, dass es keinerlei Beanstandungen gebe und sprach die Empfehlung aus, den Vorstand zu entlasten, was dann nach entsprechendem Antrag aus den Reihen der Mitglieder einstimmig – bei eigener Enthaltung des Vorstands – geschah.

Danach standen die turnusmäßigen Neuwahlen des Vorstands an. Aus der versammelten Mitgliederschaft wurde der bisherige Vorsitzende Winfried Pesch zur erneuten Kandidatur vorgeschlagen. Winfried Pesch wurde dann einstimmig – bei einer Enthaltung – für eine Periode von 4 Jahren wiedergewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder Verena Schröder (stellvertretende Vorsitzende) und Herbert Langenberg (Geschäftsführer) wurden ebenfalls in den weiteren Wahlgängen – bei je einer Stimmenthaltung – in ihre Ämter wiedergewählt.

Alle drei freuten sich über die eindeutigen Wahlergebnisse und bedankten sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Aus den Reihen der Mitglieder wurden dann Jürgen Borchardt, Bremen, und Theo Geißhecker, Polch/Rheinland-Pfalz, zu neuen Kassenprüfern vorgeschlagen. Beide Kandidaten wurden sodann einstimmig in ihre Ämter gewählt.

Für den Fall der Verhinderung eines Kassenprüfers schlug Winfried Pesch - im Namen des Vorstands - die Wahl von weiteren „Ersatzkassenprüfern“ vor, da es sich aktuell gezeigt habe, dass ein Kassenprüfer plötzlich verhindert sein könnte. Nach Vorschlag der Mitgliederversammlung wurden sodann Katharina Arndt und Michael Peller einstimmig in diese Positionen gewählt.

Zum Ende der Versammlung berichtete der Vorsitzende Winfried Pesch noch über den – neben der üblichen ehrenamtlichen Arbeit – hinausgehende umfangreiche bürokratische Aufwand (Schriftverkehr; Termin- und Fristenüberwachung; Meldepflicht u. ä.) in Zusammenhang mit den „Zuwendungslisten-Verfahren“ in einigen Bundesländern.

Der Versammlungsleiter Karl-Heinz Brunner dankte dem Vorstand für sein Engagement und die bisher geleistete Arbeit und rief alle Anwesenden auf, weiterhin die „gute Sache“ zu unterstützen.

Mit dem Schlusswort und einem gleichzeitigem Ausblick in die Zukunft des Sozialwerkes beendete der Vorsitzende Winfried Pesch die Mitgliederversammlung 2011. Die nächste Mitgliederversammlung 2012 findet im Herbst in Bremen statt. Entsprechende Einladungen an alle Mitglieder sowie die Veröffentlichung in der DGVZ werden zu gegebener Zeit erfolgen.